

Am 26. und 27. Oktober

Sitzungen des Staatsgerichtshofes

VADUZ Am nächsten Montag und Dienstag wird der Staatsgerichtshof im Regierungsgebäude in Vaduz tagen. Zur Behandlung gelangen 23 Fälle, mit denen sich der Staatsgerichtshof zu befassen hat, teilte die Staatsgerichtshofkanzlei am Dienstag mit. Den Vorsitz führt demnach in 22 Fällen der Präsident Marzell Beck sowie in einem Fall der stellvertretende Präsident Hilmar Hoch. Als ordentliche Richter fungieren in 23 Fällen Peter Bussjäger, in je 22 Fällen Bernhard Ehrenzeller und Christian Ritter sowie in 18 Fällen Hilmar Hoch. Als Ersatzrichter fungieren in vier Fällen Hugo Vogt, in zwei Fällen Peter Schierscher sowie in je einem Fall Benjamin Schindler und Markus Wille. (red/pd)

Haltestelle Vaduz Post

Bauarbeiten starten am Donnerstag

VADUZ Ab morgen werden die Sanierungsarbeiten am Vorplatz des Postgebäudes in Vaduz beginnen. Dies hat zur Folge, dass die Haltestelle Vaduz Post in Fahrtrichtung Schaan ab 8.35 Uhr nicht mehr bedient wird, teilte Liechtensteinmobil am Dienstag mit. Es werde jedoch eine Ersatzhaltestelle an der Äulestrasse eingerichtet. Diese befindet sich rund 100 Meter südlich in Richtung Triesen entlang der Mauer des Peter-Kaiser-Platzes und bleibt bis Mitte 2016 in Betrieb; die Abfahrtszeiten der Busse bleiben gleich wie bei der regulären Haltestelle. «Die Haltestelle wird wie die bisherige über eine Wartekabine verfügen», heisst es weiter. Liechtensteinmobil entschuldigt sich für die Unannehmlichkeiten während der Bauarbeiten. (red/pd)

ANZEIGE



Die Erderwärmung wird auch vor Liechtenstein nicht halt machen. Doch ob die klimapolitischen Massnahmen ausreichen, ist schwer zu beurteilen. (Foto: MZ)

Eiliges Warmlaufen für das Klima

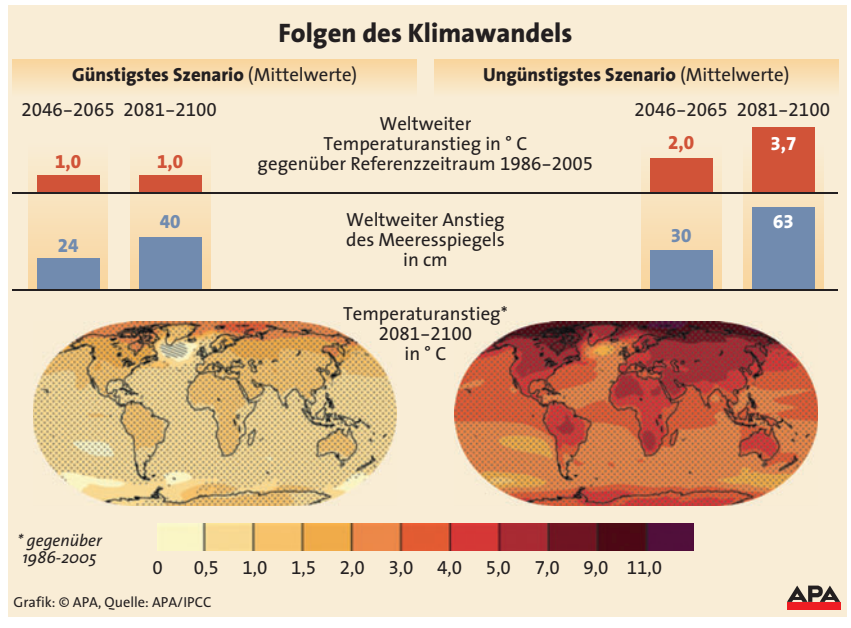
Studie Vor dem Klimagipfel im Dezember machte gestern die OECD auf die Dringlichkeit aufmerksam. Die Botschaft: Die Zwei-Prozent-Marke wackelt. Es müsse mehr getan werden, um die Erderwärmung doch noch wie geplant einzudämmen.

VON HOLGER FRANKE

Die bisherige Klimapolitik reicht nach Berechnungen der OECD nicht aus für eine Begrenzung der Erderwärmung auf maximal zwei Grad. Deswegen müsse die Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen deutlich beschleunigt werden, heisst es in einer gestern in Paris und Bonn vorgestellten Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Während der Klimakonferenz COP 21 der Vereinten Nationen Ende des Jahres in Paris wollen die mehr als 190 beteiligten Länder beschliessen, die Erderwärmung im Vergleich zur Temperatur vor Beginn des Industriezeitalters auf zwei Grad zu begrenzen.

LGU bleibt weiterhin skeptisch

Monika Gstöhl, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) zeigt sich auf Anfrage des «Volksblatts» skeptisch: «Um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, müssten die globalen Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Danach darf gar kein CO₂ mehr ausgestossen werden und am Ende des Jahrhunderts auch keine anderen Treibhausgase mehr. Global ist man noch weit davon entfernt, auch nur



den Weg dorthin beschränkt zu haben.» Auch Liechtenstein werde das von der Regierung 2012 in der Energiestrategie festgehaltene Ziel nur schwerlich erreichen können. Demnach müsste bis 2020 der Treibhausgas-Ausstoss um 20 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. «Bisher wurden die klimaschädlichen Emissionen hierzulande aber erst um etwa zwei Prozent unter den Wert von 1990 gebracht», verdeutlicht die LGU-Geschäftsführerin. «Einen grossen Teil unserer Treibhausgas-

Emissionen macht der Verkehr aus. Die Motorisierungsquote in Liechtenstein beträgt über 75 Prozent, das heisst, dass mehr als 26 000 Autos mit Liechtensteiner Kennzeichen unterwegs sind. Um den Ausstoss der schädlichen Gase zu senken, müsste der motorisierte Individualverkehr abnehmen und der umweltfreundliche Personenverkehr zunehmen. Leider ist der Trend in Liechtenstein aber genau entgegengesetzt. Beispielsweise hier sieht die LGU dringenden Handlungsbedarf,

so Gstöhl. Der absolute Energieverbrauch sei angestiegen. Energie einzusparen sollte oberstes Ziel sein. «Obwohl von verschiedenen Seiten positive Anstrengungen unternommen und auch Fortschritte gemacht werden, kommt ein Grossteil der Energie, die wir verbrauchen, immer noch aus fossilen und nicht aus erneuerbaren Quellen.»

EU hat Klimaziel schon erreicht

Die EU hat ihr für 2020 gestecktes Klimaziel zur Verringerung des Ausstosses von Treibhausgasen bereits erreicht. Wie die Europäische Umweltagentur gestern in Kopenhagen mitteilte, senkten die 28 Mitgliedstaaten ihre Emissionen an Treibhausgasen im vergangenen Jahr um vier Prozent und erzielten damit eine Verminderung von 23 Prozent gegenüber dem Volumen von 1990. Angestrebt waren 20 Prozent. Mit den derzeit geltenden Massnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstosses seien sogar 24 bis 25 Prozent erreichbar. Laut EEA war der Rückgang 2014 «teilweise Folge eines ungewöhnlich warmen Jahres, was die Nachfrage nach Energie senkte». Der EU-Kommissar für Klimaschutz und Energie, Miguel Arias Cañete, sprach von einem «starken Signal» für die Weltklimakonferenz im Dezember in Paris. Die EU ist nach den USA und China drittgrösster Produzent von Treibhausgasen.

Liechtenstein sieht sich auf Kurs

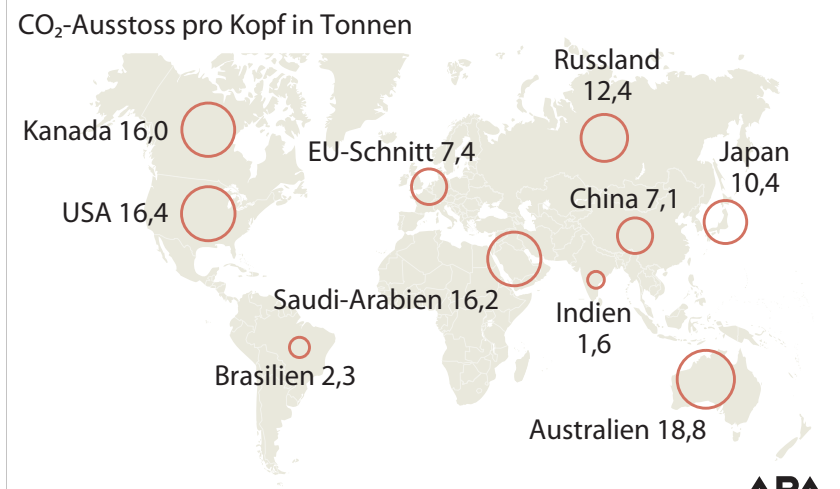
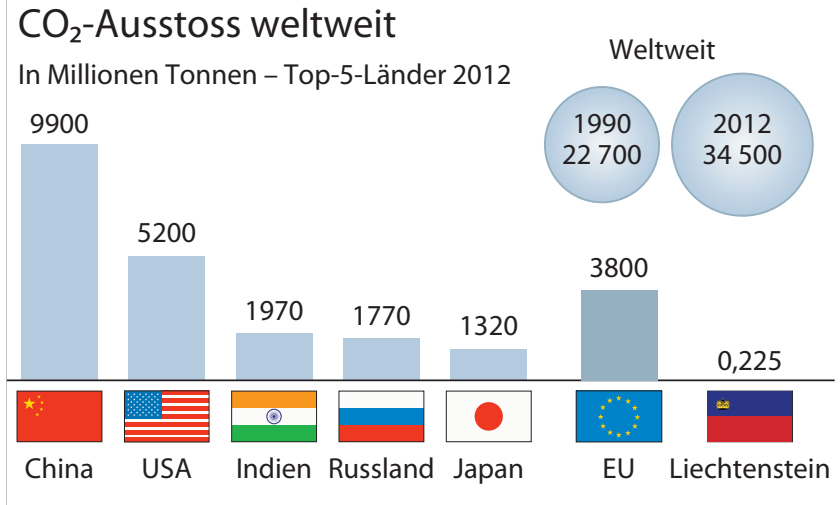
Klima Das Ringen um künftige CO₂-Ziele ist ein Kompliziertes. Winkelzüge, Absichtserklärungen und Berechnungsgrundlagen lassen jede Menge Spielraum. Sicher ist nur, dass die Luft für das Klima dünner wird.

VON HOLGER FRANKE

Bereits 2012 sagte Liechtenstein in der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls zu, die landesweiten Schadstoffemissionen bis 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Jedoch müssen die globalen Klimaziele bis 2030 mindestens verdoppelt werden, um eine 50-prozentige Chance zu erhalten, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Liechtenstein will dem gerecht werden, in dem es die Emissionen bis in 15 Jahren um insgesamt 40 Prozent reduziert. Die landesweiten Emissionen wiesen 2012 den Wert von 1990 (225 000 Tonnen CO₂-Äquivalent) auf, während Liechtenstein in derselben Zeitspanne ein Wirtschaftswachstum von 140 und ein Bevölkerungswachstum von 25 Prozent verzeichnete.

146 Länder haben Ziele vorgelegt

Anfang Oktober - knapp zwei Monate vor Beginn des Weltklimagipfels in Paris - hatten mit Indien nun 146 Länder ihre Klimaziele vorgelegt. Auf Neu Delhi, das jahrelang starre Grenzen für Treibhausgas-Emissio-



Grafik: © APA, Quelle: APA/dpa/EU-Kommission/Amt für Statistik (FL)

nen ablehnte, hatte die Welt lange erwartet. Allerdings verknüpft Indien seine Ziele mit dem Wirtschaftswachstum. Nun seien alle großen Klimasünder an Bord, teilte das UN-

Klimasekretariat in Bonn mit. Insgesamt sind die Länder, die nun ihre Klimaziele genannt haben, für fast 87 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich.

«Wir werden gegrillt»

IWF-Chefin fordert dringende Schritte

LIMA IWF-Chefin Christine Lagarde hat mit drastischen Worten dringende Schritte gegen die globale Erwärmung gefordert. Sollte die Menschheit dem Klimawandel tatenlos zusehen, werde es ihr so ergehen wie dem peruanischen Geflügel, das die Teilnehmer des Jahrestreffens der Weltbankgruppe und des Internationalen Währungsfonds in Lima genossen, sagte Lagarde Anfang Oktober auf der besagten Konferenz. «Wenn wir kollektiv kniefen, werden wir uns alle in Hühnchen verwandeln und wir werden alle gebraten, gegrillt, getoastet und geröstet», hatte Lagarde während einer Podiumsdiskussion mit Weltbankpräsident Jim Yong Kim, UN-Klimasekretärin Christiana Figueres sowie dem Ökonomen und Klimaexperten Nicholas Stern gesagt. Kim und Lagarde sprachen sich für eine Abkehr von Subventionen für fossile Brennstoffe und die Notwendigkeit von Verbrauchssteuern für Kohlenstoff-Emissionen aus. Die beiden stimmten überein, dass der Klimawandel eine grosse Herausforderung sei. (rm/hf)



«Ein globales Problem»

UN-Chef fordert schnelleres Handeln

BRATISLAVA UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat entschlosseneres und schnelleres Handeln angemahnt, um die globalen Herausforderungen durch Klimawandel und Flüchtlingskrise zu bewältigen. «Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren», sagte er am Montag bei einem Besuch in der slowakischen Hauptstadt Bratislava. Von Journalisten auf die Ende November beginnende UN-Klimakonferenz in Paris angesprochen, kritisierte Ban nationale Egoismen: «Es ist ziemlich frustrierend zu sehen, dass die Verhandler einzelner Staaten vor allem nach nationalen Interessen agieren. Dabei ist der Klimawandel ein globales Problem.» So folge nun schon seit Jahren eine Klimakonferenz nach der anderen ohne zufriedenstellende Ergebnisse: «Die bei diesen Konferenzen abgegebenen Versprechen der Staaten sollten endlich auch konsequenter eingehalten werden.» Auch in der aktuellen Flüchtlingskrise sei rasches Handeln gefragt: «Es kommt der Winter. Die Menschen, die vor Krieg und Not nach Europa geflohen sind, brauchen schnelle Hilfe.» Er rechne dabei «mit der führenden Rolle der Europäischen Union». (rm/hf)

